



TOP VI Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Betrifft: Patienteninformation durch die Pharmaindustrie

Entschließungsantrag

Von: Frau Claudia Cruys als Delegierte der Ärztekammer Berlin

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHESSUNG FASSEN:

Der 111. Deutsche Ärztetag lehnt den Gesetzesentwurf der Europäischen Kommission zu einer Veränderung der Patienteninformation auf rezeptierpflichtige Arzneimittel ab. Demzufolge wäre vorgesehen, die Pharmaindustrie als ein Teil des Informationssystems mit einzubeziehen. Dazu sollen Rahmenbedingungen erstellt werden, innerhalb derer die Industrie die Öffentlichkeit direkt mit objektiven Informationen über ihre Produkte versorgt. Die Industrie ist naturgemäß marktorientiert sowie interessengeleitet und ist dazu nicht imstande.

Begründung:

Auch wenn das Gesetzesvorhaben der EU zunächst keine Abschaffung des Laienwerbverbots für rezeptpflichtige Medikamente (§ 10 des Heilmittelwerbverbots) vorsieht, wird bei genauerem Betrachten deutlich, dass es sich um nichts anderes als einen Schritt in diese Richtung handelt. Die massive Einbeziehung der pharmazeutischen Konzerne in eine „objektive, nicht interessengeleitete, an den Bedürfnissen der Patienten orientierten“ zukünftige Informationspolitik, ist ein Widerspruch in sich. Niemand wirft der Industrie vor, eine markt- und absatzorientierte Politik zu betreiben. Dies allerdings schließt einen Anspruch auf objektive Informationskompetenz aus.

Der massive Druck auf Brüssel macht bei näherem Zusehen nur Sinn, wenn man bei einer gewissen Sättigung unter der Ärzteschaft eine erhebliche Marktausdehnung in der Öffentlichkeit anstrebt. Genau das passiert Tag für Tag in den USA und Neuseeland, den bisher weltweit einzigen Staaten, wo DTCA (Direct to Consumer Advertising) seit etlichen Jahren erlaubt ist. Milliarden fließen zusätzlich in die Werbung, und die meistbeworbenen Produkte zeigen einen erheblichen Umsatzanstieg. Ständige Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen sind hierbei an der Tagesordnung.

Hierbei taucht ein weiterer Aspekt auf, der uns Ärzte in besonderer Weise betrifft:

Mal wieder, diesmal von außen, kommt es zu einer Veränderung und Beeinflussung im Arzt-Patienten-Verhältnis. In die bislang dem behandelnden Arzt je nach unterschiedlichem Krankheitsbild seines Patienten zustehende therapeutische Entscheidung wird hier von außerhalb eingegriffen, ja auch direkt

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



fordernder Druck erzeugt. Das muss so mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden.

Wenn darüber hinaus eine bessere Patienteninformation beabsichtigt ist, muss sie durch den Filter unabhängiger Institutionen gehen. Solche haben wir bereits. Eine stärkere Vernetzung wie auch finanzielle Stärkung sind im Gespräch und sollen beschleunigt vorangetrieben werden.